



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Woche 35 - 2014

- Migros-Magazin Nr. 35; Leserbriefe
- 20 Minuten, 26. August 14: Schweizer Schüler sollen ins Welschlandjahr
- NZZ, 27. August 2014 Nidwalden, Regierungsrat will Frühfranzösisch abschaffen
- 20 Minuten 27. August 14; Nidwalden will kein Frühfranzösisch mehr
- 20 Minuten, 27. August 2014; Bundesrat will Zivis in die Schulen schicken
- 20 Minuten, 28. August 2014, Jetzt drohen die Welschen mit einer Retourkutsche
- Tagblatt, 28. August 2014, Bundesrat setzt Zeichen für Landessprachen
- Leserbrief, Tagblatt 28. August 14
- Bluewin-Nachrichten, 29. August 2014 Zürich: Kommission gegen Kantonsratsdebatte über Lehrplan-Inhalt
- Tagblatt, 29. August 2014, Man spricht Frühdeutsch
- Tagblatt, 30. August 2014, Sprach austausch als Obligatorium

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

MM 34: «Mein Leben mit Ritalin», Bericht über zwei Jugendliche, die mit Medikamenten leben.

«Wir sind alle anders! Nur dürfen wir das nicht mehr sein»

■ Nach dem Lesen ihres wirklich bemerkenswerten Artikels blieb unserer Familie (wir lesen das MM oft gemeinsam mit den Kindern) nichts anderes mehr übrig, als tief zu atmen. «So weit sind wir also wirklich?!» Der junge porträtierte Mann schreibt: «Ich bin einfach anders als die anderen.» und dass er Ritalin nahm, um für andere angenehmer zu sein. Wir sind alle anders! Nur dürfen wir das anscheinend nicht mehr sein. Wahrscheinlich weil Individualität manchmal Zeit und Hingabe heisst – und wer hat das heute noch. Dass junge, eigentlich gesunde Menschen, im Grunde voller Energie und Lebenslust, durch ungenügend entwickelte/achtsame Erwachsene in eine Kiste gezwängt werden, ist wirklich

tragisch. Da kann man gleich auch die Lehrplan-Diskussion mit reinnehmen. Was die Kinder zum Lernen brauchen, sind nicht die neuesten ausgeklügelten Methoden und Lehrmittel, sondern Erwachsene, die Verantwortung übernehmen und Kinder begleiten, so, wie sie es brauchen, und nicht, wie es uns gerade in den Alltag/Lehrplan passt. Eine gute Schule fängt bei der Erziehung der Eltern an und geht über zu Lehrpersonen, die Kinder im individuellen Lernen begleiten wollen – jedes Kind so, wie es ist. Wir kennen eine Lehrperson, die Kinder von Ritalin wegführte und dafür den Reichtum eines solchen Klassenkindes erfahren durfte. Heute wird überall gefordert und gefördert, dass Eltern ihre Kinder kaum mehr sehen, sich loslösen



Mike erzählte im letzten Migros-Magazin warum er Ritalin nehmen musste.

etc. Dafür umgeben sogenannte Fachpersonen die Kinder, schlimmstenfalls, ohne dass die Kinder eine Beziehung zu diesen haben. Und da wundern wir uns, wie sich Kinder entwickeln ... Wir wünschen dem jungen Mann alles erdenklich Gute. Er ist, wie er ist, liebenswert und o.k. – mit oder ohne Ritalin!

Familie Churdega, per E-Mail

Mit Interesse habe ich im Migros-Magazin den Text über Ritalin gelesen. Es ist doch unglaublich! Da dürfen Schüler ungestraft einen anderen provozieren und Mobbing betreiben, und wenn dieser sich mit Recht wehrt, wird ihm eine «niedrige Frustrationstoleranz» unterstellt und er wird mit Ritalin vollgestopft. Wer andere provoziert, macht den Anfang, und ihm oder ihr gehört eine sinnvolle Strafe. Aber es ist ein häufiger Fehler, dass man den beschuldigt, der auf Provokation reagiert. Und muss es sein, dass in unserer Gesellschaft der natürliche und vielleicht etwas ungewöhnliche Bewegungsdrang eines

Kindes mit Medikamenten bekämpft wird. Kann man nicht Freiräume einrichten, in denen Kinder spielen und sich bewegen können? Ich plädiere dafür, dass Medikamente wie Ritalin verboten werden. Sie können auch erhebliche Nebenwirkungen haben, vor dem Suchteffekt ganz abgesehen.

Regula Heinzelmann, per E-Mail

«Ritalin sollte verboten werden.»

Regula Heinzelmann





Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 26. August 14: Schweizer Schüler sollen ins Welschlandjahr

Welschlandjahr statt Frühfranzösisch: Das fordert die SVP-Nationalrätin Verena Herzog in einem Vorstoss. Linke Politiker sehen darin eine «Mogelpackung».

Der Aufschrei auf beiden Seiten des Röstigrabens war riesig, als der Kanton Thurgau vor zwei Wochen beschloss, das Frühfranzösisch in der Primarschule aus dem Lehrplan zu kippen. Nun fordert ausgerechnet Nationalrätin Verena Herzog (SVP), die die Abschaffung im Thurgau lanciert hatte, den Französischunterricht auf der Sekundarstufe zu intensivieren. Durch ihren Vorstoss, den sie in der Herbstsession im Nationalrat einreichen wird, sollen Sekundarschüler dazu angehalten werden, ihr letztes Schuljahr in der Romandie zu verbringen.

Bund soll Austausch finanzieren

«Die Intensität des Sprachunterrichts ist für den Lernerfolg zentral», sagt Herzog. Das könne vor Ort viel leichter erreicht werden, weil die Schüler direkt die Sprache und Kultur erlebten. «Im Austausch müssen sie einfach Französisch sprechen, es bleibt ihnen keine Wahl.» Eine solche Förderung des Austauschs sei sehr viel effizienter als das Frühfranzösisch ab der fünften Klasse, sagt die Thurgauer SVP-Nationalrätin. Eine Anschubfinanzierung des Programms soll der Bund übernehmen.

Für die praktische Umsetzung sieht Herzog verschiedene Möglichkeiten vor: 3.-Sek-Schüler könnten ihr letztes obligatorisches Schuljahr in der Romandie absolvieren, in der zweiten Sekundarklasse könnten sie ihr Französisch in einem ein- bis zweiwöchigen Sport- oder Klassenlager vertiefen. Dasselbe gelte umgekehrt auch für Schüler aus der Romandie, sagt Herzog.

«Vorstoss ist eine Mogelpackung»

Linke Bildungspolitiker unterstützen die Idee zwar, sehen darin aber ein Täuschungsmanöver. «Eigentlich kann man gar nicht gegen den Vorschlag für eine Förderung des Sprachaustauschs sein. Wer würde das ablehnen?», sagt Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP). Für sie ist der Vorstoss eine «Mogelpackung»: «Es wird nun versucht, die Abkehr vom Frühfranzösisch mit einem Austauschprogramm abzugelten.»

Man wolle den Romands nun die bittere Pille mit einem Zuckerchen schmackhaft machen, sagt Chevalley. Das gehe natürlich nicht, Französisch müsse bereits in der Primarschule gelernt werden. «In der Romandie gibt es Schüler, die sagen: Wenn in der Deutschschweiz nicht mehr Französisch gelernt wird, lernen wir auch kein Deutsch mehr.» Das sei ein verheerendes Signal an die Romandie, so Chevalley.

Auch [Matthias Aebischer](#), SP-Nationalrat und Präsident der Bildungskommission, unterstützt das Vorhaben grundsätzlich: «Ich begrüsse die Idee und es freut mich, dass Frau Herzog in die gleiche Kerbe schlägt wie Bundesrat Alain Berset, denn ursprünglich stammt dieser Vorschlag von ihm.» Der verstärkte Schüleraustausch mit der Romandie dürfe aber nicht auf Kosten des Frühfranzösisch gehen. Der Bund solle die Koordination von Austauschprogrammen fördern und Anreize liefern. «Das Frühfranzösisch aber muss bleiben, dafür werde ich kämpfen und bis zum



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Äussersten gehen», sagt Aebischer. Notfalls müsse die zweite Landessprache in der Primarschule auf nationaler Ebene verankert werden.

Mathias Reynard, Walliser SP-Nationalrat und Sekundarlehrer, sieht im Welschlandjahr ein grosses Potenzial, das bis jetzt nicht ausgenutzt werde. «Das ist die beste Möglichkeit, eine Sprache wirklich zu erlernen», sagt er. Darum müsse man den Vorstoss genau prüfen. Seine Meinung zur Abschaffung des Frühfranzösisch werde er aber trotzdem beibehalten. «Hinter der Abschaffung verbirgt sich der Wille, der Romandie die Deutschschweizer Kultur aufzuzwingen. Das ist inakzeptabel und wir werden auf Bundesebene dagegen ankämpfen.»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/30998380>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

NZZ, 27.08.14 Nidwalden

Regierungsrat will Frühfranzösisch abschaffen

(sda) Die Nidwaldner Primarschüler sollen kein Französisch mehr lernen. Der Regierungsrat hat sich am Mittwoch für eine Abschaffung des Frühfranzösischunterrichts ausgesprochen. Im Gegenzug soll der Französischunterricht an der Oberstufe ausgebaut werden.

In Nidwalden lernen die Schulkinder heute ab der 3. Klasse Englisch und ab der 5. Klasse Französisch. Das Frühfranzösisch ist aber umstritten. Vor knapp einem Jahr beauftragte der Landrat den Regierungsrat, die Abschaffung zu prüfen. Im April 2014 reichte die SVP eine Volksinitiative ein, die die Reduktion auf eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe fordert.

Der Regierungsrat folgt in seinen Berichten zum Postulat und zur Initiative den Argumenten der Gegner des Frühfranzösisch. Die Kinder würden mit zwei Fremdsprachen überfordert, Deutsch und Naturwissenschaften würden im Unterricht vernachlässigt. Auch Lehrer und Eltern seien gegenüber dem heutigen Fremdsprachenunterricht kritisch eingestellt.

<http://www.nzz.ch/newsticker/nidwaldner-regierungsrat-will-fruehfranzoesisch-abschaffen-1.18371198>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten 27. August 14; **Nidwalden will kein Frühfranzösisch mehr**

Im Zentralschweizer Kanton soll in der Primarschule kein Französisch mehr gelernt werden. Der Nidwaldner Regierungsrat hat sich für die Abschaffung ausgesprochen.



Die Schüler in Nidwalden sollen erst in der Oberstufe lernen, was Schule auf Französisch heisst. (Bild: Keystone/Salvatore di Nolfi)

Die Nidwaldner Primarschüler sollen kein Französisch mehr lernen. Der Regierungsrat hat sich am Mittwoch für eine Abschaffung des Frühfranzösischunterrichts ausgesprochen. Im Gegenzug soll der Französischunterricht an der Oberstufe ausgebaut werden.

Bildstreifen [«Intolerable Attacke gegen Romands»](#)

In Nidwalden lernen die Schulkinder heute ab der 3. Klasse Englisch und ab der 5. Klasse Französisch. [Das Frühfranzösisch ist aber umstritten](#). Vor knapp einem Jahr beauftragte der Landrat den Regierungsrat, die Abschaffung zu prüfen. Im April 2014 reichte die SVP eine Volksinitiative ein, die die Reduktion auf eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe fordert.

Der Regierungsrat folgt in seinen Berichten zum Postulat und zur Initiative den Argumenten der Gegner des Frühfranzösisch. Die Kinder würden mit zwei Fremdsprachen überfordert, Deutsch und Naturwissenschaften würden im Unterricht vernachlässigt. Auch Lehrer und Eltern seien gegenüber dem heutigen Fremdsprachenunterricht kritisch eingestellt.

<http://www.20min.ch/schweiz/zentralschweiz/story/21917855>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 27. August 2014; **Bundesrat will Zivis in die Schulen schicken**

Der Bundesrat will Zivildienstleistende künftig auch an Schulen einsetzen. Weil sich viele gegen das Militär entscheiden, mangelt es an Einsatzplätzen. Das Vorhaben stösst auf Kritik.



Zivildienstleistende würden keine Lehrkräfte ersetzen, betont der Bundesrat. (Bild: Keystone/AP/Klaus-dietmar Gabbert)

Weil sich seit der Abschaffung der Gewissensprüfung immer mehr junge Männer für den Zivildienst entscheiden, mangelt es an Einsatzplätzen. Ende letzten Jahres gab es rund 13'400 Einsatzplätze. Bis 2018 rechnet der Bund mit einem Bedarf von über 17'000 Plätzen.

Ein Mangel sei absehbar, schreibt der Bundesrat in seiner Botschaft ans Parlament. In den heutigen Tätigkeitsbereichen könne der Bedarf nicht gedeckt werden. Deshalb sollen Einsätze neu auch in der Spitex, der Alpwirtschaft und an Schulen möglich sein.

Umstritten ist insbesondere der Einsatz an Schulen, wie die Vernehmlassung zeigte. Während sich die meisten Kantone dafür aussprachen, zeigten sich die bürgerlichen Parteien skeptisch. Die FDP und die SVP lehnten den Vorschlag ab. Zivis an Schulen seien kein Rezept gegen den Lehrermangel, monierten sie.

Kein Ersatz für Lehrerinnen und Lehrer

Der Bundesrat betont seinerseits, Zivildienstleistende dürften die Verantwortung für den Unterricht nicht übernehmen und würden somit keine Lehrkräfte ersetzen. Wie in allen anderen Tätigkeitsbereichen seien sie auch in Schulen arbeitsmarktneutral einzusetzen. Es bleibe zudem den Kanton und Gemeinden überlassen, ob sie Zivildienstleistende in Schulen einsetzen wollten oder nicht.

Ermöglichen will der Bundesrat Einsätze als Assistenten im Unterricht, in Lagern, in der Pausenaufsicht, in der Aufgabenhilfe, am Mittagstisch oder im Hausdienst. Für die Einsätze an Schulen wird ein neuer Tätigkeitsbereich geschaffen, Einsätze in der Spitex und der Alpwirtschaft werden dagegen bisherigen Tätigkeitsbereichen zugeordnet.



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

An neue Agrarpolitik angepasst

Landwirtschaftseinsätze will der Bundesrat indes generell neu regeln. Heute dürfen nur unterstützungsbedürftige Betriebe Zivis einsetzen. Dieses Kriterium soll wegfallen und durch jene Kriterien ersetzt werden, die gemäss der neuen Agrarpolitik zu Direktzahlungen berechtigen.

Der Bundesrat will mit der Gesetzesänderung aber nicht nur die Einsatzmöglichkeiten erweitern und so mehr Plätze schaffen. Ein weiteres Ziel ist es, die Zivis für ihre Einsätze besser auszubilden, wie das Parlament es gefordert hat.

Kursbesuche sollen künftig für alle Arten von Einsätzen obligatorisch sein. Bisher galt dies nur für Zivildienstleistende, welche Menschen pflegen. Mit einer besseren Ausbildung könne der Nutzen der Zivildienstleistungen gesteigert werden, schreibt der Bundesrat.

Gesuch erst nach Rekrutierung

Neu soll das Gesuch für den Zivildienst ausserdem erst nach der Rekrutierung eingereicht werden dürfen, und die Gesuchsteller sollen bereits vor der Zulassung eine eintägige Einführung besuchen müssen. Damit will der Bundesrat erreichen, dass sie sich der Konsequenzen eines Wechsels vom Militär- zum Zivildienst früher und besser bewusst sind.

Zu den weiteren Neuerungen gehört, dass keine Spesen für die Unterkunft mehr erhält, wer während des Einsatzes zu Hause übernachtet. Allerdings wird im Gegenzug der Grundtarif leicht erhöht.

Nicht rütteln will der Bundesrat am Grundprinzip: Der Zivildienst dauert weiterhin anderthalb Mal so lange wie der Militärdienst, und zugelassen wird nur, wer den Militärdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann.

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Bundesrat-will-Zivis-in-die-Schulen-schicken-20269106>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 28. August 2014, **Jetzt drohen die Welschen mit einer Retourkutsche**

Nachdem auch der Kanton Nidwalden das Frühfranzösisch abschaffen will, überlegten sich viele Romands, Deutsch aus der Primarschule zu kippen. Das sagt Georges Pasquier, der Präsident des Westschweizer Lehrerverbands.

Herr Pasquier, zwei Kantone haben sich gegen das Frühfranzösisch ausgesprochen. Was sagen Sie dazu?

Georges Pasquier: Es ist tragisch. Wahrscheinlich werden noch weitere Deutschschweizer Kantone folgen. Vor allem östlich der Reuss hat Französisch einen schweren Stand, dort wird auf Englisch gesetzt. In der westlichen Schweiz hingegen wird noch Französisch gesprochen, dort ist es etwas anders. Aber wenn ich im Fernsehen sehe, dass ein Deutschschweizer Stanislas Wawrinka auf Englisch interviewt, das kann doch nicht sein.

Was hat die Abschaffung des Frühfranzösisch in Ihren Augen für Folgen?

Es geht einfach nicht, dass die Schüler bis zum 12. Lebensjahr keine zweite Fremdsprache lernen. Französisch ist eine Landessprache, wenn sie abgeschafft wird, fehlt die eidgenössische Solidarität. Der Röstigraben ist dann kein Graben mehr, er wird zur Mauer.

Im Kanton Nidwalden soll es statt Frühfranzösisch Austauschaufenthalt in der Westschweiz geben. Eine gute Idee?

Ein Austausch ist keine Lösung, jedenfalls nicht, wenn er nur zwei Wochen dauert. Das ist ein Witz. Er müsste mindestens drei Monate dauern, dann würde es sich lohnen.

Und was halten Sie davon, die Westschweizer Schüler in die Deutschschweiz zu schicken?

Unbedingt! Das halte ich für absolut notwendig, es sollte sogar eine Aufgabe des Bundes sein. Die Deutschschweizer sprechen zwar Dialekt, wir sind uns aber gewohnt, dass sie mit uns Hochdeutsch sprechen. Für die Westschweizer Schüler wiederum ist es gut, wenn sie merken, dass es Schweizerdeutsch gibt.

Wie reagieren die Westschweizer Kantone auf den Entscheid aus dem Thurgau und Nidwalden?

Bis jetzt hat man gesagt, Deutsch sei wichtig. Immerhin ist es eine Landessprache. Wenn ich mich jetzt unter Eltern und Lehrern umhöre, sagen immer mehr, dass sie sich überlegen, es gleich zu tun und das Deutsch in der Primarschule abzuschaffen. Das wird nicht lange dauern, bis diese Forderung kommt.

Was wäre für Sie eine mögliche Lösung?

Für die Westschweizer Schüler ist Deutsch etwa gleich wie Französisch für die Deutschschweizer: Es ist eine schwierige Sprache, man fragt sich manchmal, wozu man sie



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

braucht, und das Lernen macht nicht unbedingt immer Spass. Aber das ist kein Grund, eine Sprache abzuschaffen. Wir dürfen uns nichts vormachen, es geht nicht nur um die Sprache an sich, sondern auch um andere Kulturen und ums Kommunizieren miteinander, und das nicht nur auf Englisch. (vro)

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/16410193>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 28. August 2014, Bundesrat setzt Zeichen für Landessprachen



Teilnehmende eines Sprachkurses (Symbolbild) (Bild: Keystone)

Mitten in der Diskussion um das Frühfranzösisch setzt der Bundesrat ein Zeichen für die Landessprachen. Er will die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung stärker fördern.

Der Bundesrat wolle mit gutem Beispiel vorangehen und seine Verantwortung wahrnehmen, die Landessprachen zu fördern und den nationalen Zusammenhalt zu stärken, heisst es in einer Mitteilung vom Mittwoch. Gleichentags hatte sich die Nidwaldner Regierung für die Abschaffung des Frühfranzösisch ausgesprochen. Mitte August hatte das Thurgauer Kantonsparlament entschieden, das an der Primarschule kein Französisch mehr unterrichtet werden soll.

Sprachquoten für Ämter

In der Bundesverwaltung will der Bundesrat nun die Mehrsprachigkeit umso mehr hochhalten. Gemäss der revidierten Verordnung soll für alle Verwaltungseinheiten eine gewisse Sprachenquote angestrebt werden. Deutschsprachige Mitarbeitende sollen einen Anteil von 68,5 bis 70,5 Prozent aller Angestellten ausmachen, Französischsprachige 21,5 bis 23,5 Prozent, Italienischsprachige 6,5 bis 8,5 Prozent und Rätoromanen 0,5 bis 1 Prozent. Vor allem auf Kaderstufe sollen sprachlichen Minderheiten künftig besser vertreten sein.

Bis anhin gab es entsprechende Zielvorgaben nur auf Departementsebene. Gemäss einer Evaluation aus dem Jahr 2012 waren die Sollwerte noch nicht ganz erfüllt. Deutschschweizer waren in der Bundesverwaltung mit einem Anteil von 71,8 Prozent leicht übervertreten. Die sprachlichen Minderheiten hatten die vorgegebenen Quoten noch nicht erreicht (Französisch: 21,2 Prozent; Italienisch: 6,7 Prozent; Rätoromanisch: 0,3 Prozent).

Sprachkurse für Angestellte

Des weiteren sollen für Verwaltungsangestellte vermehrt Sprachkurse angeboten werden. Kadermitarbeiter müssen über gute Kenntnisse in mindestens einer zweiten Amtssprache verfügen - und über passive Kenntnisse in einer dritten Amtssprache. Erfüllen sie diese Bedingungen nicht, kann sie der Arbeitgeber zu einem Sprachkurs verpflichten.



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Mit der revidierten Verordnung werden auch die Kompetenzen der Delegierten für Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung verstärkt. Die Delegierte wird direkt vom Bundesrat ernannt und ist dem Eidgenössischen Finanzdepartement unterstellt. Seit einem Jahr hat dieses Amt Nicoletta Mariolini inne. (SDA)

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/Bundesrat-setzt-Zeichen-fuer-Landessprachen;art253650,3934217>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Leserbrief, Tagblatt 28. August 14

Frühfranzösisch ist passé

Ausgabe vom
14. August 2014

Zum Glück regt sich Widerstand

Wie viel Wissen soll unseren Schülern eingetrichtert werden? Im Moment wird das Thema einer zweiten Fremdsprache auf Primarstufe wie eine heisse Kartoffel behandelt. Der Thurgauer Grosse Rat hat meines Erachtens das einzig Richtige entschieden, nämlich die zweite Fremdsprache auf die Oberstufe zu verlegen. Gleichzeitig wird in den Kantonen die Einführung des Lehrplans 21 vorangetrieben. Die einen Kantone sind Feuer und Flamme für dieses

kostentreibende Projekt, in anderen Kantonen regt sich Widerstand. Auch hier muss ich sagen, zum Glück regt sich dieser Widerstand. Er ist zu erfahren bei Lehrerkreisen, bei Eltern und Verantwortungsträger der Politik. Der Lehrplan ist zu sehr aufgeblasen, zu kompetenzorientiert ausgelegt, und was bleibt am Schluss für die Kinder? Was müssen sie eigentlich lernen in der Volksschule? Rechnen, schreiben, lesen! Und genau diese drei wichtigen Punkte werden je länger, je mehr in den Hintergrund gerückt. Müssen wir diese Defizite tolerieren? Ist es die Aufgabe von uns Eltern und Ausbildnern, die Grundlagen der Schulzeit auf privater

Basis nachzuholen? Nein! So hoffe ich, dass auch im Kanton St. Gallen das Thema der zweiten Fremdsprache politisch möglichst schnell in Angriff genommen wird, und der Regierungsrat, wie die Aargauer, die Einführung des LP 21 auf das Schuljahr 2017/18 verlegt. Denn mit der Einführung des Lehrplans kommen hohe Kosten auf den Kanton zu. Und was bleibt für ein Nutzen für unsere Schulen, für unsere Schüler? «Lehren heisst, ein Feuer entfachen, und nicht, einen leeren Eimer füllen» – Heraklit. Etwas weniger wäre auch in der Schule eindeutig mehr.

Ursula Egli

Feldhof, 9512 Rosstrüti



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Bluewin-Nachrichten, 29. August 2014 **Zürich: Kommission gegen Kantonsratsdebatte über Lehrplan-Inhalt**

Im Kanton Zürich soll nach Ansicht der kantonsrätlichen Kommission Bildung und Kultur (KBIK) weiterhin der Bildungsrat über den Lehrplan der Volksschule entscheiden. Eine Parlamentarische Initiative von SVP, EVP und EDU, der die Kompetenz dem Kantonsrat übertragen will, wird zur Ablehnung empfohlen.

Eine Kantonsratsdebatte über die Inhalte des Lehrplans sei nicht stufengerecht, schreibt die KBIK. Ein solches Grundlagenwerk dürfe nicht "zum Spielball punktueller politischer Interessen und Befindlichkeiten" werden.

Es sei kein Grund ersichtlich, warum die geltende Kompetenzordnung im Falle des Lehrplans 21 geändert werden solle. Der ausgewogen zusammengesetzte Bildungsrat, dessen Mitglieder vom Kantonsrat gewählt werden, sei das fachlich kompetente Organ, um über die Einführung des Lehrplans 21 zu entscheiden. Die demokratische Mitsprache sei in ausreichendem Masse gegeben.

Nach Meinung der KBIK-Minderheit muss der Kantonsrat als dem Bildungsrat übergeordnetes Gremium entscheiden, weil die Inhalte des Lehrplans "von eminenter politischer Bedeutung" seien. Trotz Vernehmlassungen betrachten die Befürworter der Parlamentarischen Initiative (PI) den Lehrplan als eigentliches "Verwaltungsprodukt", welches einer politischen Begutachtung unterzogen werden müsse.

Die PI war Ende März vom Kantonsrat knapp mit 62 Stimmen vorläufig unterstützt worden. Nicht nur die Kommission sondern auch der Regierungsrat lehnen sie ab. Entscheiden, ob das Volksschulgesetz entsprechend der PI geändert werden soll, muss nun der Kantonsrat.

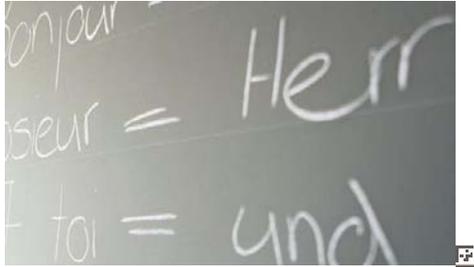
<http://www.bluewin.ch/de/news/regional/region-zurich/2014/8/28/zuerich--kommission-gegen-kantonsratsdebatte-ueber-l.html>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 29. August 2014, Man spricht Frühdeutsch



Die kleinen Romands büffeln deutsche Vokabeln ab der dritten Primarschulklasse. (Bild: Mareycke Frehner)

Der Thurgauer Entscheid zur Abschaffung von Französisch in der Primarschule ist in der Westschweiz scharf kritisiert worden. Doch wie halten es eigentlich die Romands mit dem Deutschunterricht?

DENISE LACHAT/LAUSANNE

«Guten Tag, ich heisse Hans» hat Kultstatus am Genfersee. So stellte sich der deutsche Vater Schaudi in den späten Siebzigerjahren den Waadtländer und Genfer Schülerinnen und Schülern vor. Die Familie Schaudi mit Onkeln, Tanten und Cousins inklusive Hund Lumpi prägte eine ganze Generation von Westschweizern und brachte es sogar zu einem witzigen Theaterstück. Doch gross amüsiert haben sich die heutigen Eltern während ihres Deutschunterrichts wahrscheinlich nicht. Die Tatsache, dass sich sogar ein Club der Schaudi-Geschädigten formierte, lässt eher vermuten, dass das Leiden im Deutschunterricht weit verbreitet war.

Kein Lieblingsfach, aber unbestritten

Ganz so schlimm ist es heute nicht mehr. Die neuen Lehrmittel sind auf einen spielerischen Ansatz ausgerichtet, es gibt CDs, Spielkarten, Lieder und Reime. An verschiedenen Schulen sind zudem muttersprachliche Animatoren im Einsatz, die den Primarschülern ein «Sprachbad» ermöglichen und sie so für den späteren Unterricht motivieren.

Zu den Lieblingsfächern hat es Deutsch in der Westschweiz deswegen noch lange nicht gebracht; Deutsch bleibt für die Romands eine schwierige Sprache, und wenn die Kinder wählen könnten, gäben die meisten Englisch sofort den Vorzug. Das wissen zwar auch ihre Eltern, die Lehrkräfte, die Behörden und Politiker, doch im Unterschied zur Deutschschweiz wird auf keiner Ebene das aktuelle System ernsthaft in Frage gestellt. So wird Deutsch ab der dritten Primarschulklasse in sämtlichen sechs Westschweizer Kantonen unterrichtet, Englisch kommt ab der fünften Klasse hinzu (fünftes und siebtes HarmoS-Schuljahr). In den deutschsprachigen Regionen der zweisprachigen Kantone Freiburg und Wallis wird umgekehrt Französisch ab der dritten Primarklasse gelehrt.



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

«Der Konsens, dass im Fremdsprachenunterricht zuerst mit einer Landessprache begonnen wird, ist in der Westschweiz absolut solide», bestätigt Olivier Maradan, Generalsekretär der Westschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (CIIP). Auch in der Bevölkerung sei Deutsch als erste Fremdsprache verankert, denn die grosse Mehrheit sei sich ihrer Bedeutung für das spätere Berufsleben bewusst. Schliesslich würden für über die Hälfte aller Berufslehren, für die Berufsmatura, Diplommittelschulen und für weiterführende Schulen zwei Fremdsprachen verlangt. Maradan sagt: «Wer den Deutschunterricht aus der Primarschule verdrängt, schlägt vielen Schülern die Türe vor der Nase zu.» Von den Argumenten aus der Deutschschweiz, welche die Landessprache Französisch auf die Sekundarstufe verschieben und dort dafür intensiver unterrichten wollen, hält der Freiburger nicht viel. Zum einen gehe es nicht nur um Sprachkompetenzen, sondern um einen möglichst frühen Kontakt zum Sprach- und Kulturkreis der anderen Region. Zum anderen müssten für die zusätzlichen Stunden auf Sekundarstufe andere Fächer geopfert oder aber beträchtliche Mittel freigemacht werden. Aus Westschweizer Sicht ist eine Verschiebung des Deutschunterrichts jedenfalls keine Option, zumal die Schweiz mit einer Fremdsprache ab der dritten Primarklasse im europäischen Mittel liegt. Mit ihren zwei Wochenstunden sei sie im Vergleich mit anderen aber eher minimal dotiert, wie Maradan sagt. «Ideal wären mindestens drei Wochenlektionen pro Fremdsprache.»

Lehrer fordern weniger Druck

Gibt es denn in der Westschweiz keine Schüler oder Lehrer, die mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe überfordert sind? Georges Pasquier, der den Bund der Westschweizer Lehrerorganisationen präsidiert, dreht die Frage um. «Welche Fähigkeiten erwarten wir von den Schülern am Ende der obligatorischen Schulzeit?» Falls aus ihnen kleine Goethes oder Schiller geformt werden sollten, «dann fahren wir mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule an die Wand». Wenn aber, wie von den Lehrern gefordert, der Schwerpunkt auf die mündliche Verständigung gelegt werde, sei die Aufgabe zu bewältigen. Die Ziele müssten darum realistischer als heute formuliert werden, und der Noten- und Selektionsdruck gehöre abgeschafft; in der Waadt etwa gehört die Note in Deutsch oder Englisch zu den Kernfächern, die für den Übertritt ins Gymnasium entscheidend sind. Pasquier: «Wir können nicht auf der einen Seite die Schüler dazu anhalten, munter draufloszuschwatzen, und ihnen auf der anderen eine schlechte Note verpassen, wenn sie dabei Fehler machen.»

Die Forderung der Lehrer nach einer Anpassung des Systems liegt seit einem knappen Jahr auf den Pulten der Erziehungsdirektoren, ebenso jene nach mehr Freiheit bei der Organisation des Deutschunterrichts. Pasquier nennt den Grund: Die Anstrengungen bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrer seien je nach Kanton sehr unterschiedlich, entsprechend uneinheitlich sei darum auch das Niveau im Deutschunterricht.

Eltern wünschen sich Immersion

Die Vereinigung der Elternverbände wiederum hätte am liebsten Fachlehrer für Deutsch, idealerweise deutscher Muttersprache, wie deren Präsident Paul Majcherczyk sagt. Eine Kernforderung der Eltern heisst mehr Austausch zwischen den Sprachregionen, denn da werde grosses Potenzial schlecht genutzt. Gemäss einer gemeinsam mit der CH-Stiftung durchgeführten Umfrage finden nämlich über 90 Prozent der befragten Westschweizer Eltern, ein Schüleraustausch in der Schweiz sei in vielfacher Hinsicht



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

positiv – doch nur gerade 14 Prozent machen tatsächlich mit. Majcherczyk verlangt darum, dass vermehrt moderne Kommunikationsmittel im Sprachunterricht genutzt werden; er denkt dabei etwa an Konferenzschaltungen mit anderen Klassen.

«Noch nicht brillant»

Wie gut die Romands am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit Deutsch beherrschen, ist eine Frage, die noch wissenschaftlich zu beantworten ist. Tatsächlich werden die Kompetenzen in einer Fremdsprache in den Pisa-Studien nicht erhoben, weshalb die Schweiz 2016/2017 im Rahmen von HarmoS eine eigene Untersuchung durchführt. Deren Ergebnisse werden 2018 publiziert. Bis dahin muss die Einschätzung von Olivier Maradan gelten: «Es wurden Fortschritte gemacht, doch brillant sind die Resultate noch nicht.»

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/Man-spricht-Fruehdeutsch;art253650,3936215>



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 30. August 2014, Sprachaustausch als Obligatorium

Nidwalden verteidigt die Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe mit einem neuen Obligatorium des Sprachaustausches. Auch Parlamentarier verlangen vom Bund Massnahmen gegen die magere Austauschbilanz.

BERN. Dreissig junge Nidwaldner reisten im letzten Jahr zu einem Sprachaustausch in eine französischsprachige Unterwalliser Familie, in Zukunft könnten es sechsmal so viele sein. «Wir kämpfen dafür, dass Französisch nicht geschwächt wird», verspricht der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid, nachdem die Kantonsregierung diese Woche erklärt hat, wie sie die Vorstösse zur Abschaffung des Französischunterrichts in der Primarschule umsetzen will. Werden die aktuell zwei Wochenlektionen der fünften und der sechsten Klasse tatsächlich abgeschafft, hätten die Nidwaldner Sekundarschüler in der siebten Klasse fünf statt der heute drei Wochenlektionen, in der achten und der neunten wiederum würde die Lektionenzahl von drei auf vier aufgestockt.

Der Bund soll handeln

Neu soll zudem ein mehrwöchiger Aufenthalt der Sekundarschüler in einer Westschweizer Familie inklusive Schulbesuch obligatorisch werden. «Wir machen nicht weniger, sondern mehr», betont Schmid, und das will er nächste Woche auch am Westschweizer Fernsehen erklären, das ihn zu einer Teilnahme an der welschen Arena «Infrarouge» eingeladen hat. Schmid sagt, der kulturelle Austausch sei ein Plus; Nidwalden stärke den nationalen Zusammenhalt.

Die Kosten, die durch den obligatorischen Aufenthalt auf den Kanton zukommen, bereiten der Regierung keine schlaflosen Nächte. Schliesslich könnten auch die Westschweizer Gastfamilien ihre Kinder nach Nidwalden schicken, sagt Schmid. Das sei kostenneutral.

Ein systematischer Sprachaustausch während der obligatorischen Schulzeit ist ganz im Sinne der nationalrätlichen Bildungskommission, die gestern den Bundesrat beauftragte, mit den Kantonen ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten und Wege zur Finanzierung aufzuzeigen. Angesichts diverser Vorstösse in den Kantonen zum Unterricht der zweiten Landessprache gebe es «Handlungsbedarf». Beim Bundesamt für Kultur (BAK) stösst die Forderung offene Türen auf. In der Kulturbotschaft, die momentan in der Vernehmlassung ist, heisst es, dass möglichst viele Jugendliche einmal in ihrer schulischen Laufbahn an einem Austauschprojekt teilnehmen sollten. Deshalb soll erstens die Möglichkeit geschaffen werden, den Austausch neu über eine Direktförderung durch den Bund zu unterstützen. Und zweitens soll geprüft werden, ob die Förderung des schulischen Austauschs auf die Berufsbildung und auf Lehrkräfte ausgeweitet werden könnte.

Nur zwei Prozent machen mit

Dies bedinge eine bessere Positionierung des Anliegens auf der bildungspolitischen Agenda und eine Neuausrichtung der Leistungsvereinbarung mit der «ch-Stiftung». Der Grund: Trotz eines jährlichen Bundesbeitrags in Höhe von 1,05 Millionen Franken zur Förderung des binnenstaatlichen Austausches sind die Teilnehmerzahlen mit 15 000 weit entfernt von der



Starke Volksschule St. Gallen

Neudorf 24, 9245 Oberbüren
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

angestrebten Verdoppelung auf 30 000 bis Ende 2016: Nur zwei Prozent aller Schüler machen mit. «Zwei Prozent sind nicht genug. Wir müssen diese Schiene stärken», sagt David Vitali, Leiter der Sektion Kultur und Gesellschaft im BAK. Die Steigerung der Teilnehmerzahlen sei ein Ziel in der Kulturbotschaft 2016–2019. Nun sei zu prüfen, wie die Mehrmittel eingesetzt werden könnten. Vitali spricht von einem schwierigen Anliegen; die Steuerungsmöglichkeiten des Bundes seien beschränkt. Beispielsweise könne keine Familie gezwungen werden, Schüler bei sich aufzunehmen. Einen positiven Trend gibt es laut der Geschäftsführerin der ch-Stiftung, Sandra Maissen, aber heute schon. «Gemäss Statistik der Kantone nehmen die Austausche jährlich um rund zehn Prozent zu.» Der Thurgau trug kaum dazu bei: 39 Schüler reisten in die Romandie.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/tb-in/Sprachaustausch-als-Obligatorium;art120101,3937418>